

15./V. 1919

# Berlins Wirtschaftslage.

## Verabschiedung des Haushalts durch die Stadtverordneten.

Der Berliner Haushaltsplan ist gestern von den Stadtverordneten genehmigt worden — zum ersten Male auch mit den Stimmen der äußersten Linken, die sich bisher von der Verantwortung für die Wirtschaftspolitik der Reichshauptstadt freizuhalten pflegte. Ihre diesmalige Mitwirkung ist die selbstverständliche Folge der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Roten Hause, unter denen die „Unabhängigen“ zur stärksten Fraktion aufgerückt sind. Gleichwohl hüllte ihr Wortführer, Stadtv. Leib, ihre Zustimmung in eine Wolke von Vorbehalten und Einschränkungen: die indirekten Steuern und andere Dinge sind nach Ansicht seiner Freunde zu beseitigen, und sie vertrauen darauf, daß ihnen das in naher Zukunft gelingen wird. Leider unterließen sie es gestern — wie seit ihrem Regierungsantritt in Berlin überhaupt — klar auszusprechen, auf welchem Wege sie die Mittel für den Unterhalt der Riesengemeinde herbeizubringen wollen. Sie beschränkten sich bisher darauf, erhebliche Geldbeträge für die verschiedensten Zwecke zu bewilligen, aus vollen Händen Segen nach allen Richtungen auszustreuen, ohne ernste Sorge um die Deckung dieser wahrhaft großzügigen Ausgaben. Die indirekten Steuern lehnen sie ab, die Steuergrenze haben sie von 900 auf 2500 M. heraufgesetzt. Uberschüsse städtischer Werke sind ihnen — da sie nur durch eine Belastung der Kassen erzielt werden können — im Herzen zuwider. Es ist richtig, daß Geben selbigen ist als Nehmen — aber die Stadtverordneten können unmöglich länger an der Frage vorüber, woher sie die Mittel für alle ihre Gaben nehmen wollen. Denn daß die direkten Steuern bei den unausbleiblichen Schwächezuständen, denen unser Wirtschaftsleben nach diesem Kriege ausgesetzt sein wird, auch bei einer Erhöhung der Sätze immer geringer werdende Erträge liefern müssen, steht leider fest.

Es ist ein großes Verdienst des Demokraten **Mommsen**, auf Gefahren hingewiesen und die so unbeduldeten Stadtväter zur Verantwortung gerufen zu haben. Er mahnte gestern, zu bedenken, daß Berlin den allerernstesten Zeiten entgegen geht. Der Unabhäng. **Burm** mußte zugeben, daß die Einnahmen auch bei stärkstem Anziehen der Steuerschraube die Ausgaben nicht decken könnten — zumal den Hauptteil der Steuererträge nicht die Kapitalisten liefern können, sondern nur die Massen. Freilich seien diese gegen die Härte einer Doppelbesteuerung, wie sie die indirekten Steuern darstellen, zu schützen. **Rämmerer Böh** wies nach, daß diese im Rahmen des städtischen Haushalts nur eine recht untergeordnete Rolle spielen. Eine Deckung des Gesamtbedarfs ist gegenwärtig, das gab er zu, noch nicht möglich; die Steuerpolitik der Stadt werde sich auf der des Staates aufbauen haben.

Es ist zu hoffen, daß man sich auf allen Seiten des Berliner Stadtparlaments bewußt wird, in wie beengten Grenzen sich das wirtschaftliche Dasein der größten deutschen Gemeinde in Zukunft vollziehen muß. Es ist leicht, Massenwünsche zu befrichtigen, wenn man die Sorge nach dem Wie anderen überläßt. Aber gerade jetzt, wo die große Linde zu fruchtbarer Mitarbeit berufen ist, muß man von ihr auch den Blick für die Folgeschwere ihrer Entschlüsse fordern. Eine Politik, die beim Raten und Laten befruchtend nach der jetzt ständig überfüllten Tribüne schaut — auch

die hochpolitisch zugespitzte Rede Frau Dr. Wechs über die Sommererholung der Berliner Kinder nahm gestern ganz diese Richtung — kann sich einst an den Massen selber rächen, denn sie haben ihre Kosten mitzubegahlen.

Auf der Tagesordnung steht die Vorlage des Magistrats, betr. die Festlegung von Vergütungen für die Teilnahme der Stadtverordneten an Sitzungen und die unentgeltliche Ausgabe von Straßenbahn-Monatskarten für die Mitglieder der Versammlung und des Magistrats.

Stadtv. Dr. **Rosenfeld** (U. S.) beantragt Ueberweisung an einen Ausschuß, der auch darüber beraten soll, ob nicht auch den Mitgliedern der Ausschüsse Diäten gezahlt werden sollen.

Gegen die Diäten spricht Stadtv. **Dove** (Dem.), dafür Stadtv. **Ritter** (S. P. D.). Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Es folgt der Antrag der Bürgerlichen Vereinigung betr. die Unterbringung von Kindern auf dem Lande. Der Antrag wird von Frau Stadtv. **Rötger** begründet unter Hinweis auf die Schwierigkeiten, die jetzt dieser Unterbringung entgegenstehen. Sie weist auf die Notwendigkeit der Schaffung von Spielplätzen hin, ferner auf die Benützung des Volksparkes für diese Zwecke, auf die städtischen Heimstätten, die wünschenswerte Gründung eines Erholungsheims usw. Die Gesundheit der Kinder ist das wertvollste Gut, das wir haben.

Stadtschulrat Dr. **Fischer**: Die Anregungen sind gewiß dankenswert, aber was gewünscht wird, ist, soweit es überhaupt durchführbar ist, schon im Gange. Im vorigen Jahre sind 57 600 Kinder hinausgeschickt worden, in diesem Jahre wird es schwieriger sein, da z. B. Westpreußen kaum mehr die Möglichkeit zur Aufnahme von Kindern bietet. Dagegen werden in nächster Zeit 240 Kinder nach der Schweiz reisen, im September dieselbe Zahl; etwa 20 000 Kinder werden von Vereinen geschickt werden. Es ist weiterhin alles mögliche vorgeplant worden, daß auch in diesem Jahre so viel Kinder wie nur möglich eine Erholung finden. Außerdem ist eine Vorlage in Vorbereitung zur weiteren Bewilligung von 520 000 M. zugunsten hauptsächlich blutarmer und schwächlicher Kinder.

Stadtv. Frau Dr. **Wenzl** (U. Soz.): Die Bürgerliche Vereinigung kommt mit solchem Antrag wieder zu spät. (Hoh!) Der Magistrat und die Versammlung haben immer für die Kinder alles getan, was nur irgend möglich ist. Die Rednerin geht auf die Gefahren näher ein, die den Kindern durch die Hungerblockade entständen sind und weiter entstehen werden, betont die Notwendigkeit der Erholung an der See und im Gebirge und weist auf die Insel Scharffenberg hin, die für eine Behandlung gelentüberkühler Kinder durch Sonnen-Therapie sehr geeignet sei, ferner auf das Lazarett in Buch. Es habe den Anschein, als wenn man wieder den nationalen Taumel hervorrufen wolle. (Rufe: Unerhör! Empörend! Was verstehen Sie von nationaler Ehre!) Sie haben mit zur Misere der Hungerblockade gewirkt, Sie bringen es auch dahin, daß noch 100 000 Kinder weiter ausgehungert werden, und dann bringen Sie solche Anträge als billige Reklame. (Empörte Zwischenrufe.)

St.-V. **Cassel** (Dem.): Es ist doch nicht notwendig, daß bei jeder Gelegenheit solche politischen, erregenden Dinge hier hineingeworfen werden! (Sehr wahr!) Tatsächlich sind doch solche Angelegenheiten auch während der vier Kriegsjahre hier in voller Ruhe behandelt worden. (Sehr richtig!) Die Hinweise der Rednerin auf die Insel Scharffenberg und das Lazarett in Buch sind durchaus wertvoll. Im übrigen hat die Stadt schon immer die höchste Sorgfalt auf die Beschaffung erholungsbedürftiger Kinder angewendet.

Stadtmagistrat **Weber**: Die Pläne, die der Magistrat zur Beschaffung oder Mietung von Erholungsheimen an der See und im Gebirge erwogen hat, sind noch nicht ausgeführt worden, weil inzwischen die Revolution gekommen ist. Als Ersatz dafür ist von dem Magistrat beschlossen worden, im Lazarett Buch ein größeres Genesungsheim einzurichten, welches schon am heutigen Tage eröffnet werden sollte und nun bestimmt am 1. Juni eröffnet werden wird. Es soll für 200 rhachitische und erholungsbedürftige, für 200 geschlechtsranke und 200 Strophulöse und nervöse Kinder bestimmt sein. Mit der Scharffenberg-Frage hat sich eine Sachverständigen-Kommission befaßt und Bedenken dagegen geltend gemacht.

Frau **Rötger** zieht hierauf den Antrag zurück.

Die Stellen des Oberstadtschreibers sollen von 15 auf 30 vermehrt werden.

Oberbürgermeister Dr. **Bermuth** teilt mit: Der Magistrat hat beschlossen, die Frage der Beamtengehälter zusammen mit dem Groß-Berliner Gemeinden eingehend zu erörtern. Der Magistrat legt aber Wert darauf, in dieser Frage mit der Versammlung zusammenzugehen und ersucht die Versammlung, eine Anzahl Mitglieder zu ernennen zur Beirathung bei den Konferenzen.

Angenommen wird ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, in gemischter Deputation über eine Ausgestaltung des Nachrichtenwesens unter Benützung moderner technischer Einrichtungen, wie etwa des Filmapparates, zu beraten.

## Die Schulden Berlins.

Ueber die Höhe der schwebenden Schuld der Stadt Berlin hat der Rämmerer dem Ausschusse folgende Angaben gemacht: Während des Krieges seien folgende feste Schulden begeben:

1. 255 Millionen Mark Anleihe,
2. 230 Millionen Mark neue Anleihe,
3. 40 Millionen Mark Anleihe,

deren Unterbringung augenblicklich noch schwebt, insgesamt seien also während des Krieges aufgenommen 525 Millionen Mark Anleihe, so daß die Stadt mit den früheren Anleihen jetzt über 1 Milliarde Mark Anleihe begeben habe.

Außerdem seien noch 600 Millionen Mark schwebende Schuld vorhanden, davon seien 180 Millionen Mark dem Reiche vorgeschossen. Darin stecken auch weiter 210 Millionen Mark für Kriegswohlfahrtsausgaben. Werden auch die bis jetzt noch nicht abgesetzten 170 Millionen Mark der Anleihe untergebracht, dann bleiben noch 100 Millionen Mark schwebende Schuld.

Der Ausschuß empfiehlt weiter, dem Billhner-Orchester dieselbe Subvention zu bewilligen, wie dem Philharmonischen Orchester.

Zum Kapitel Gemeindefiskussteuer liegen folgende Anträge vor: Die Versammlung ersucht den Magistrat bei der Preussischen Nationalversammlung die Veränderung des § 38 des Kommunalabgabengesetzes zu beantragen, wonach die Einnahmen bis zu 2400 M. durch Gemeindebeschluß vollständig oder von den Zuschlägen über 100 v. H. frei bleiben können. Der Antrag wird angenommen.

Die Beratung des Stadthaushalts schließt mit folgendem Beschlusse ab: „Der Haushaltsplan für das Verwaltungsjahr 1919 wird in Einnahme und Ausgabe auf 719 988 050 M. festgesetzt. Der Steuerbedarf von 208 424 000 Mark wird gedeckt durch einen Einkommensteuereinzuschlag von 200 v. H. und den schon bekannten Steuerzügen.“

Stadtv. **Leib** (U. Soz.) erklärt, daß nach der jetzigen Umwälzung die Verhältnisse in der Städtischen Verwaltung seine Freunde diesmal für den Haushaltsplan stimmen werden. Stadtv. **Mommsen** (Dem.) hält es für geboten, davor zu warnen, daß fort und fort ins ungemessene Ausgaben bewilligt werden, ohne darauf zu achten, ob auch die genügende Deckung dafür vorhanden ist. Es gende Anträge vor: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei Schließen. Man wisse doch, wie trübe die Aussichten für die Zukunft sind und man müsse damit rechnen, daß die direkten Steuern im Normalfall enorm zurückgehen werden. Da müsse jeder hier in den Verwaltung, welcher politischen Richtung er auch angehören möge, es als seine höchste Pflicht erachten, darauf zu achten, daß mit der allergrößten Sparsamkeit verwaltet werden müsse und